

Demokratie braucht viele Stimmen

Es gehört zum Selbstverständnis einer offenen Gesellschaft, dass es nicht die eine Perspektive gibt, sondern viele. Dass unterschiedliche Stimmen nebeneinanderstehen, sich widersprechen, ergänzen, korrigieren. Genau daraus entsteht Urteilskraft.

Diese Vielfalt ist kein Zufall. Sie ist das Ergebnis einer Öffentlichkeit, in der viele Stimmen hörbar sind. In der unabhängiger Journalismus Informationen auswählt, überprüft und einordnet. Und sie lebt davon, dass Menschen Zugang zu verlässlichen Informationen haben, die ihnen Orientierung geben – jenseits von Lautstärke, Interessen oder gezielter Einflussnahme. Pressefreiheit ist dafür die Grundlage: Sie schützt nicht eine Branche, sondern die Möglichkeit, dass diese Vielfalt überhaupt entstehen kann.

Doch diese Öffentlichkeit verändert sich.

Ein wachsender Teil dessen, was wir wahrnehmen, wird heute über digitale Plattformen vermittelt. Ihre Logik ist nicht publizistisch, sondern ökonomisch: Aufmerksamkeit entscheidet. Algorithmen priorisieren Inhalte, die sich schnell verbreiten, emotionalisieren oder polarisieren. Was relevant ist, setzt sich nicht automatisch durch – wohl aber das, was funktioniert. Nicht die sorgfältigste Recherche, sondern die steilste These. Nicht die differenzierte Einordnung, sondern die schnelle Reaktion.

Das hat Folgen für die Art, wie wir Wirklichkeit wahrnehmen. Gegensätze werden verstärkt, Zwischentöne verschwinden. Und mit ihnen verschwindet etwas, das für demokratische Prozesse zentral ist: die Fähigkeit, Ambivalenz auszuhalten und verschiedene Perspektiven nebeneinander bestehen zu lassen.

Die vielen Stimmen verschwinden nicht, aber sie werden ungleich sichtbar. Und Sichtbarkeit ist in einer digital geprägten Öffentlichkeit längst eine Form von Macht.

Damit verschiebt sich die Grundlage demokratischer Meinungsbildung.

Denn Demokratie setzt voraus, dass Bürgerinnen und Bürger zwischen unterschiedlichen, verlässlichen Informationen wählen können. Sie lebt davon, dass es konkurrierende Deutungen gibt – und dass diese auch erreichbar sind. Wenn jedoch wenige private Plattformen darüber entscheiden, was Aufmerksamkeit erhält, entsteht

eine neue Form der Selektion, die sich der klassischen öffentlichen Kontrolle weitgehend entzieht.

Unabhängiger Journalismus ist in dieser Situation keine nostalgische Größe, sondern eine funktionale Notwendigkeit. Er stellt sicher, dass Relevanz nicht vollständig von Reichweite verdrängt wird. Dass auch das sichtbar bleibt, was sich nicht von selbst durchsetzt. Und dass unterschiedliche Stimmen tatsächlich Teil der öffentlichen Wahrnehmung sind.

Das ist kein abstraktes Brancheninteresse, sondern eine Frage, die jeden betrifft, der sich eine eigene Meinung bilden will.

Gerade am Internationalen Tag der Pressefreiheit sollten wir uns in Erinnerung rufen, dass diese Freiheit keine Selbstverständlichkeit ist. Sondern eine Voraussetzung für eine plurale Demokratie, die immer wieder neu gesichert werden muss – rechtlich, politisch und gesellschaftlich. Sie ist ein Prozess, der davon lebt, dass viele sich beteiligen – und dass viele Stimmen gehört werden.

Dr. Andrea Gourd, BDZV